

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags, Bezugspreis monatlich Mk. 5,00, vierteljährlich 15,00 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 16,50 einschließlich Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 75 Pfg., auswärts 85 Pfg., Reklamezellen 2,50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gaeß in Wildbad.

Nummer 280

Februar 179

Wildbad, Dienstag den 29. November 1921

Februar 179

55 Jahrgang

Sagespiegel.

Aus Paris wird gemeldet: Der spanische General Primo de Rivera hat im spanischen Senat die Räumung Marokkos gefordert und vorgeschlagen, als Ersatz dafür das englische Gibraltar zu fordern. Der freimütige General wurde sofort von seinem Posten als Generalkapitän von Kapilien enthoben. Der Zwischenfall scheint noch nicht abgeschlossen zu sein. Primo hat erklärt, am nächsten Dienstag im Parlament noch weitere Erklärungen abzugeben. In liberalen Kreisen in Madrid hält man übrigens die Enthebung des Generals von seinem Posten als einen Eingriff in die parlamentarische Freiheit, da der General die Forderung in einer Rede aufstellte, die er als Mitglied des Senats hielt.

Die Regierung von Angora hat der türkischen Nationalversammlung einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der die Nichtmuselmanen Siziliens vom Militärdienst befreit.

Unmöglichkeit.

Während in Frankreich immer lauter nach dem deutschen Gold gerufen wird, mit dem die französischen Finanzschwierigkeiten behoben werden sollen, wächst in England die Sorge und die Angst vor den Folgen, die sich für die englische Wirtschaftslage ergeben müssen, sobald Deutschland seine Ausfuhr auf die Höhe der französischen Ansprüche bringt. Diese englischen Sorgen sind nicht unbegründet. Denn tatsächlich kann sich Deutschland Einnahmen zur Bezahlung der Wahnsinn-Forderungen der Entente nur durch äußerste Steigerung seiner Warenausfuhr verschaffen und muß dadurch die englische Industrie gefährden. Diese Gefahr ist es, die einen Sonderausstoß des Bundes der britischen Industrie auf den Plan gerufen hat mit einer Denkschrift über die Behandlung der deutschen Entschädigungsforderungen. Hier werden noch einmal alle englischen Sorgen, die in der erschreckend großen Zahl der Erwerbslosen täglich veranschaulicht werden, gegen die im Ultimatum liegende Auspreisung Deutschlands zur Geltung gebracht.

Die englische Denkschrift wäre mit Benützung zu begründen gewesen, wenn sie sich auf den Nachweis der in den Ultimatum-Forderungen liegenden Unmöglichkeiten beschränkte und zu dem Rat gelangt wäre, diese Forderungen aufzugeben. Bei näherem Zusehen aber ergibt sich, daß unter dem Deckmantel der Sorgen ein Griff in Deutschlands Vermögen unternommen werden soll. Den Kern der Denkschrift bildet der Gedanke, daß der deutsche Staat ein unzuverlässiger Schuldner ist, während in der deutschen Arbeitskraft und der deutschen Industrie unermessliche Schätze ruhen. Darum will die englische Denkschrift die Forderungen des Ultimatus vom deutschen Staat hinüberschieben auf den deutschen Privatbesitz. Durch Schaffung von Vorzugsaktien, Hypotheken und dergleichen sollen Industrie, Eisenbahnen, Kanäle, Schiffsahrtlinien, Landwirtschaft, Banken und Handelsunternehmungen Deutschlands in die Hände des Auslands gespielt werden. Ganz unverblümt wird in der Denkschrift gesagt, die vorgeschlagenen Maßnahmen würden den Verbänden eine gewisse „Kontrolle“ über die deutsche Industrie geben, die groß genug wäre, sie in den Stand zu setzen, einen beträchtlichen Einfluß auf die Entwicklung und Leistung des deutschen Handels auszuüben. Wer mit der angelsächsischen Sprechweise vertraut ist, für den hat das Wort „Kontrolle“ einen höchst bedenklichen Klang. Denn in diesem Zusammenhang versteht der Engländer unter Kontrolle die vollständige Beherrschung des zu kontrollierenden Gebiets. Der echt britische Eigennutz zeigt sich in dem letzten Abschnitt der Denkschrift, mit den Hinweisen auf die Bahn, in die Deutschlands Produktion und Ausfuhr gedrängt werden müsse, damit sie die Industrie der verbündeten Nationen nicht schädige. Einiges davon kann man gelten lassen, wie die Vierung von Kali, Holz und Kohle. Auch gegen die deutsche Teilnahme an dem Wiederaufbau zerstörter Gebiete läßt sich nicht einwenden. Darüber hinaus wollen die englischen Industriellen den deutschen Arbeiter unter ausschließlicher Leitung von Ingenieuren und technischen Sachverständigen der verbündeten Länder im Auslande arbeiten lassen. Auf diese Weise soll unter englischer Kontrolle Rußland wieder hochgebracht, es sollen in Afrika,

Südamerika oder Asien neue Verkehrswege geschaffen werden, neue Märkte, neue Quellen für Rohstoffe und Lebensmittel erschlossen werden, selbstverständlich zu Nutzen des britischen Unternehmers.

Diese englische Denkschrift besonders ernst zu nehmen, läge zunächst kein Anlaß vor; der Bund der britischen Industrie ist bisher mit politischem Einfluß nicht erheblich hervorgetreten. Aber nachdem die Veröffentlichung erfolgt ist, möchte man doch auch die amtliche deutsche Stellung dazu kennen. Es ist wohl kaum anzunehmen, daß die deutsche Regierung in der englischen Denkschrift eine Grundlage für Verhandlungen über die Aenderung des Ultimatus erblicken sollte. Eher wäre die Denkschrift geeignet, dem deutschen Volk in besonders packender Weise die Tatsache zu zeigen, daß der deutsche Staatskredit in England vollständig zusammengebrochen ist und daß nur noch die deutsche Industrie über Sicherheiten verfügt, auf Grund deren ausländisches Geld zu haben wäre.

Welche Bewandnis es aber auch immer mit der britischen Denkschrift haben mag, jeden falls müßte die Ausführung der dort entwickelten Pläne für Deutschland, und zwar für das ganze Volk, ob Unternehmer oder Arbeiter, verhängnisvoll und zugleich entehrend werden. Der deutsche Arbeiter mag gegen den Arbeitgeber noch so viel einzuwenden haben, darum wird er sich aber niemals als willenloses Werkzeug von ausländischen Profitgütern mißbrauchen lassen. Unter allen diesen Gesichtspunkten muß die englische Denkschrift radikal zurückgewiesen werden, aber weniger mit Entrüstung als mit der Erklärung, daß die Pläne der englischen Industriellen niemals zu den von ihnen erhofften Zielen führen können, weil Deutschland sich niemals dazu zwingen lassen würde, unter den dort angedeuteten Bedingungen zu arbeiten, nicht aus Uebermut, sondern einfach deswegen, weil die großen deutschen Eigenschaften, von deren Betätigung die Engländer den in der Denkschrift geschilderten Nutzen erwarten, sich nur in voller, von keiner Kontrolle eingegrenzter Freiheit entwickeln können.

Die Konferenz in Washington.

London, 28. Nov. Lloyd George wird am 3. Dezember nach Washington abreisen, um an der Beschlusfassung über die Abrüstung zur See noch mitzuwirken.

Der „Chicago Tribune“ zufolge wird möglicherweise die Konferenz in der ersten Dezemberhälfte vertagt werden, um den Abordnungen Gelegenheit zu geben, Weihnachten in der Heimat zu verbringen.

„New-York Herald“ meldet, es bestehe für die nächste Zukunft keine Aussicht auf eine weitere öffentliche Sitzung des Ausschusses für den Fernen Osten.

Wie verlautet, hat Präsident Harding die Absicht, Deutschland in die neue Völkervereinigung, die den Völkerbund ersetzen soll, aufzunehmen.

Paris, 28. Nov. „Echo de Paris“ meldet, die Rede Curzons habe in Washington wie eine Bombe eingeschlagen. Man habe darin einen Stoß gegen das bereits stillschweigend getroffene Abkommen erblickt, die Abrüstung zu Lande fallen zu lassen. In der französischen Abordnung verheimlicht man nicht, daß, wenn die Frage von neuem angeschnitten werde, die französische Abordnung abreisen würde.

Einspruch gegen Briands Behauptungen.

Paris, 28. Nov. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ aus Berlin soll das deutsche Reichskabinett beschloffen haben, dem amerikanischen Geschäftsträger Dressel zu Uebermittlung an den Staatssekretär Hughes eine Note zu übergeben, in der gegen die Rede Briands, insbesondere gegen die von Briand aufgestellte Behauptung über angeblich in Deutschland bestehende militärische Geheimorganisationen Einspruch erhoben wird.

Spannung zwischen Italien und Frankreich.

Rom, 28. Nov. Die Neußerung Briands in Washington, Italien wünsche nur deshalb sein Landheer abzurufen, weil das italienische Heer in Befehung und Verwehung sich befinde, hat in Italien große Erregung hervorgerufen. In verschiedenen Städten wurden die französischen Konsulate angegriffen und teilweise beschädigt. Ueberall kann man hören: „Nieder mit Frankreich!“

Aut Habas ist man in Paris über die Neußerungen der Volksstimmung in Italien „unangenehm überrascht“.

Neues vom Tage.

4 Milliarden neue schwebende Schuld.

Berlin, 28. Nov. Der Ausweis der Reichsfinanzverwaltung für das zweite Novemberrdrittel ist ganz besonders ungünstig. Die schwebende Schuld hat sich um nicht weniger als 4 090 200 000 Mk. vermehrt, so daß sie am 20. November 21 152 280 000 Mk. betrug. Die Einnahmen aus Zöllen, Steuern usw. beliefen sich auf 1 148 493 000 Mk., die Ausgaben auf 5 247 411 000 Mk. Die Betriebsverwaltungen erforderten 743 948 000 Mk. Zuschüsse, und zwar brachte die Post 418 715 000 Mk. zur Ablieferung, während die Eisenbahn 1 162 663 000 Mk. Zuschuß erforderte.

Keenworthy über das Ultimatum.

Berlin, 28. Nov. Der Vertreter der T. U. hatte mit dem in Berlin weilenden englischen Abgeordneten Keenworthy eine Unterredung, in der dieser u. a. erklärte, daß er für eine Verständigung und Zusammenarbeit mit Deutschland eintrete. Gehe Deutschland zu Grunde, so werde alle Welt folgen. Deutschland werde gewiß die Januarzahlung noch leisten können, aber im Mai könne die Stockung eintreten. Bis dahin sei es aber nicht ausgeschlossen, daß die einsichtige französische Handelswelt bestimmend auf den Kurs der französischen Politik einwirken werde, und zwar zu Gunsten Deutschlands.

Strafanzeige gegen Epp Dexter.

Braunschweig, 28. Nov. Wegen den früheren braunschweigischen Ministerpräsidenten Dexter ist Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft eingegangen wegen Annahme von Geschenken für Amtshandlungen.

Die Wahlen in Hessen.

Darmstadt, 28. Nov. Den Wählern zufolge werden in Hessen nach den gestrigen Neuwahlen zum Landtag die einzelnen Parteien voraussichtlich erhalten: Sozialdemokraten 24, Unabhängige und Kommunisten 4, Zentrum 12, Deutsche Volkspartei 12, Freie Bauernschaft (D. n. l.) 8, Demokraten 5, Deutschnationale 2 bis 3 Sitze. Der bisherige Landtag bestand aus 31 Sozialdemokraten 1 Unabhängigen, 13 Zentrumsmittgliedern, 5 Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, 13 Demokraten und 7 Deutschnationalen. (Die bisherige Koalition aus Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratie behält mit 41 Stimmen (bisher 57) noch die Mehrheit.)

Aus dem besetzten Gebiet.

Witzsch (Pfalz), 28. Nov. Trotz der Gegenvorstellungen des Reichsfinanzministeriums und der pfälzischen Kreisregierung lassen die Franzosen bei Witzsch den Truppenübungsplatz derart vergrößern, daß etwa 2700 Hektar größtenteils Staatswald niedergelegt werden müssen. Die bayerische Regierung hat zum Ausdruck gebracht, daß die Anlage des Truppenübungsplatzes mit dem Zweck der Befestigung nichts zu tun habe und deshalb unterbleiben müßte.

München, 28. Nov. Das bayerische Landwirtschaftsministerium hat aus Berlin die telegraphische Mitteilung erhalten, daß die Ermächtigung des Reichsernährungsministers Hermes für Bayern zur Einführung der Kontingentierung des Getreideaufkaufs gesichert sei.

Der rasende Poincare.

Paris, 28. Nov. Der ehemalige Präsident der Republik, Poincare, hat gestern bei einem vom Nationalen Club in Bordeaux veranstalteten Bankett eine Rede gehalten, in der er u. a. sagte, man habe allen Anlaß, anzunehmen, daß an dem Tage, an dem die Ueberwachungskommission des Verbands aufgehoben werde, jenseits des Rheins rasch eine Umstellung erfolgen werde durch ein ungeheures Material des Schreckens, der Vergiftung und des Mordens. Frankreich habe vor seinen Toren ein zentralisiertes und vereintes Deutschland, dessen Bevölkerung viel zahlreicher bleibe als die französische und dessen beherrschender Geist sich noch nicht wesentlich geändert habe.

Wäses Gewissen.

Paris, 28. Nov. Die Meldung, daß die Vereinigten Staaten beabsichtigen, Deutschland und Rußland

aufzufordern, sich gegen die Anklagen Briands auf der Abrüstungskonferenz zu verteidigen, und daß England und Italien damit einverstanden seien, hat in Paris tief bestürzt. — Man befürchtet offenbar, Deutschland könnte das ganze Sägengebeude, das Briand vor den Amerikanern auszubreiten sich erdreiste, durch sachliche Berichte zerreißen.

Was Deutschland schon an Heeresgut zerstören mußte.

Berlin, 28. Nov. Das „Nacht-Abendblatt“ bringt eine Zusammenstellung des bis jetzt von Deutschland auf Abrüstung der Entente zerstörten Heeresguts. Danach sind neben anderem 17 000 Scherenfernrohre im Wert von 150 Millionen Mark, 14 000 Flugzeuge im Wert von 400 Millionen Mark, 2800 Flugzeugmotoren im Wert von 600 Millionen Mark, Flugzeugersatzteile und Spezialinstrumente im Wert von 400 Millionen Mark, 36 000 Wasserstoffbomben im Wert von 15 Millionen Mark zerstört worden. Außerdem wurden zerstört 2 000 000 Stück Gewehrpatronen, 3 000 000 Gasmasken, 9000 Scheinwerfer, 12 000 Feldbäcköfen, 9000 Feldküchen, Kistenbestände an Tornistern, Feldflaschen und Brotbeutel, 8000 Torpedoinflessel. Der Gesamtwert des zerstörten Heeresguts beträgt nahezu 1700 Millionen Mark. Mit der Zerstörung dieser Werte begnügt sich jedoch die feindliche Untersuchungskommission nicht, sie verlangt weitere Zerstörungen, die dem Reich einen weiteren Verlust von über 71 Millionen Mark bringen würden.

Das Vordringen des ausländischen Kapitals im abzutretenden Oberschlesien.

Kattowitz, 26. Nov. Die Ueberleitung der an Polen abzutretenden oberschlesischen Industrieanlagen in die Hände des ausländischen Kapitals wird immer lebhafter betrieben. Das französische Kapital soll bereits 500 Mill. Franken angebracht haben als Anzahlung für Polen auf die geplante Uebernahme der bisher preussischen Staatsgruben. Wie man sagt, ist auch Königshütte schon so gut wie ganz in Besitz französischer Hände übergegangen. Auch englisches Kapital sucht sich in den Kreisen Pleß und Rybnik festzusetzen, besonders auf der Hohenlohegrube sollen die Engländer große Summen englischen Kapitals investiert haben. Endlich soll auch Italien bereits zwei Gruben durch Ankauf der Aktien in seinen Besitz gebracht haben.

Die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und Polen, die soeben in Genf begonnen hatten, verfolgen den Zweck, Mängelheiten zu suchen und zu finden, die die politische Berechtigung des oberschlesischen Industriegebietes kompensieren sollen. Das ist auch die Meinung des hohen Völkerbundrats gewesen, der das salomonische Urteil gefällt hat. All diese Bemühungen werden natürlich durchkreuzt, wenn ausländische Kapitalgruppen ihre Hände auf die industriellen Werke im abgetrennten Teile legen und sie unter ihre Herrschaft zu bringen suchen, was einer Isolierung von Deutschland gleichläuft. Daß das bankrotte Polen allein mit diesen Anlagen und Unternehmungen nichts anfangen kann, war von vornherein klar. Die Elle, mit der jetzt das fremde Kapital vordringt, beweist, daß jene Herren in Paris und London es von vornherein auf finanzielle Annexion eines Teils Oberschlesiens abgesehen hatten.

Die Verschleppung des Wiesbadener Abkommens.

Paris, 28. Nov. Wie oft ist in den letzten Wochen von der „Politik von Wiesbaden“ als einem Beweis der guten Absichten Frankreichs gesprochen worden. Sogar in Washington hat Briand dieses Abkommen als ein Musterbeispiel dafür angeführt, wie außerordentlich entgegenkommend Frankreich Deutschland gegenüber gewesen sei. Briand hatte Recht, als er vor der gesamten Welt diese Aeußerung tat, denn in der letzten Sitzung des Steuerausschusses hat Minister Loucheur den ganzen Wahn zerstört. Als Ende September das Abkommen in Wiesbaden unterzeichnet wurde, verkün-

deten die französischen Blätter, das Abkommen werde schon Mitte Oktober in Kraft treten. Später hat man den Zeitpunkt auf den 1. Dezember verschoben. Nun hat Loucheur ihn noch um vier bis fünf Monate hinausgerückt, indem er erklärte, frühestens im März oder April könne das Abkommen, das eigentlich gar kein Abkommen, sondern nur eine Option sei (das soll wohl heißen eine wahlweise Entschliegung, die nicht bindet), Gesetzeskraft erlangen. Damit aber nicht genug; der Minister für den Wiederaufbau hat vor den Kammermitgliedern und den Vertretern der Großindustrie, die als beratende Sachverständige dem Zollausschuß angehören, geradeheraus erklärt, daß Zollschwierigkeiten zu überwinden seien, wenn man den französischen Generalitaris für die von Deutschland zum Wiederaufbau gelieferten Baustoffe anwende. Er hat das Besondere abgelegt, daß dieser französische Zolltarif für deutsche Waren einen prohibitorischen Charakter habe, und damit zugestanden, daß erst der Widerstand der französischen Hochfinanz überwinden werden muß, bevor man an die Ausführung des Wiesbadener Abkommens denken kann. Das Wiesbadener Abkommen, das auch noch nicht die Billigung der Verbündeten Frankreichs gefunden hat, schwebt mithin vollkommen in der Luft, selbst wenn man die auch sehr wichtige Arbeiterfrage ganz außer acht läßt.

Die heftigen Wahlen.

Darmstadt, 28. Nov. Nach dem vorläufigen Gesamtergebnis der heftigen Landtagswahlen erhielten die Sozialdemokraten 23 Sitze (bisher 31), Deutschnationale Volkspartei 4 (5), Deutsche Volkspartei 11 (7), der heftige Bauernbund 10 (10), Demokraten 5 (13), Zentrum 12 (13), Unabh. soz. Partei 2 (1), Kommunisten 3 (0). Danach verfügen die drei Koalitionsparteien über eine Mehrheit von 10 Stimmen. Sie haben 40 Mandate gegenüber 39 der anderen Parteien erhalten. Die Wahlbeteiligung war im allgemeinen gering.

Die Zugeständnisse: eine Inspektionskommission.

London, 28. Nov. Der Berliner Berichterstatter des „Daily Chronicle“ me det seinem Blatt: Ich erfahre aus dem deutschen Reichskabinett, daß die Reichsregierung bereit sei, die von Briand in Washington aufgeworfene Frage der Garantien militärischer Natur in Erwägung zu ziehen. Die Regierung beabsichtigt damit den Besorgnissen vor einem deutschen Angriff den Boden zu erweichen. Trotzdem Deutschland entsprechend den Bestimmungen des Versailler Vertrags bereits völlig entwaffnet ist, will die Reichsregierung noch besondere Sicherheiten gewähren, um die Ansichten einer allgemeinen Abrüstung zu fördern. Diese Sicherheit soll darin bestehen, daß eine Inspektionskommission des Verbands in Deutschland eine ständige Aufsicht ausüben würde, um Frankreich darüber zu beruhigen, daß Deutschland keine kriegerischen Vorbereitungen trifft.

Berlin, 28. Nov. Die über Paris geleitete Meldung des Londoner „Daily Chronicle“, daß die Reichsregierung der Einsetzung einer militärischen „Inspektionskommission“ des Verbands zugestimmt bereit sei, wird von Seiten des Reichswehrministeriums für ein Mißverständnis oder für eine absichtliche Entstellung erklärt.

Paris, 28. Nov. Nach Meldungen aus Rom hat der französische Botschafter Barrere gestern beim Minister für auswärtige Angelegenheiten della Torretta gegen die franzosenfeindlichen Kundgebungen Verwahrung eingelegt.

London, 28. Nov. „Observer“ schreibt, Briand und seine Sachverständigen haben der Washingtoner Konferenz den Boden ausgeklagt. Frankreich fordert Macht zu Lande, zur See und in der Luft, die ihm eine Ueberlegenheit über alle seine Nachbarn sichern würde.

Frankreich würde damit zum Diktator über West- und Mitteleuropa, Beherrscher des Mittelmeers und Herr in der Türkei, wenn auch die ausgedehnten Besetzungen und die selbstherrlichen Entschäidigungen sowie die weitere Zerkübelung Deutschlands dazu gerechnet werde, wobei das wirtschaftliche Chaos endlos wäre. Dies sei ein Standpunkt, den England oder Italien keinen Augenblick einnehmen können.

Die „Morning Post“ berichtet, daß Dr. Rathenau und Dr. Simons heute in London einzutreffen sind.

Das Auswärtige Amt stellt die Meldung eines Berliner Blatts, wonach Lloyd George und Stinnes zusammengekommen seien, in Abrede.

Aufgehobenes Verbot. Die Berliner „Tägliche Rundschau“ war vom preussischen Minister des Innern Severing wegen Beleidigung des Reichskanzlers auf 3 Tage verboten worden. Auf Beschwerde des Blatts hat der Beschwerdeausschuß des Reichsrats das Verbot als unbegründet aufgehoben.

Reichsminister Severing hat die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ in Berlin auf eine und die Wochenblätter „Kampfruf“ auf zwei Wochen verboten wegen Aufreizung des Proletariats zu Gewalttaten.

Schulstreik. In Düsseldorf sollte auf Anordnung des Regierungspräsidenten Gräßner (Soz.) die bisherige evangelische Knabenvolksschule an der Lindenstraße an die weltliche Schule abgetreten werden. Die Eltern haben aber die Kinder zum Protest von der Schule ferngehalten und eine scharfe Erklärung gegen Gräßner abgegeben. Von 1500 Schülern sind nur 15 in der Schule erschienen.

Württemberg.

Stuttgart, 28. Nov. (Som Landtag.) Von den Gruppen der U. Z. P. und der Kommunisten wurde erneut im Landtag der Antrag zur Abänderung der Geschäftsordnung gestellt, die als Mindestzahl zur Fraktionsbildung erforderliche Anzahl von Mitgliedern auf 4 herabzusetzen.

Stuttgart, 28. Nov. (Gegen die Teuerung.) In der Besprechung beim württ. Ernährungsminister wurde nach einem Bericht des „N. T.“ festgestellt, daß der jetzige Milchpreis den 15 Jahren 8 bis 10 mal teurer ist, Kartoffeln 20—25 mal, Mehl 30 mal, Fett 40 mal soviel kosten wie in Friedenszeiten. Abhilfe könne nur das Reich schaffen. Es wurden Genossenschaften empfohlen. Dem Widerstand und Schlemmen haben soll in schärfter Weise entgegengetreten werden und es wurde gewünscht, daß die Wucherpolizei ohne Anzeige, nur aus der Tatsache der Preisüberbietung all in heraus, einzutreten und Erzeuger wie Verkäufer zur Rechenschaft ziehen solle. Der Minister versprach, daß bald wieder eine solche Besprechung stattfinden werde; in Württemberg wolle man bis zur Errichtung der Bezirkswirtschaftsräte im Reich eine Organisation schaffen, die einwirken als Ersatz wirken soll.

Stuttgart, 28. Nov. (Kircheneinweihung.) Die katholische Stadtpfarrei St. Nikolaus war seit Jahren überlastet, die Kirche zu klein geworden. Auf weithin sichtbarem Hügel in Gaisburg ist deshalb eine neue katholische Kirche erbaut worden, der zwar noch der Turm fehlt und die auch später noch eine Erhöhung erfahren soll, jetzt aber glücklich soweit fertig gestellt ist, daß gestern vormittag ihre Weihe durch Bischof v. Keppeler erfolgen konnte. Zugewand waren außer den Angehörigen der neuen Stadtpfarrei die Spitzen der geistlichen und weltlichen Behörden. Das neue Gotteshaus fand allgemeine Bewunderung. Im Anschluß an die Kircheneinweihung fand die Zimierung von 320 Kindern statt. Am Mittwochabend wird ein Begräbnisabend für den Bischof im Festsaal der Lieberhalle die Feier abschließen.

Von der Landeshebammenchule. Das Landesamt für die Staatskrankenanstalten hat die Beipile-

Die Wirtin „z. goldenen Lamm“.

Kriminalroman von Otto Hoeker.

8. (Nachdruck verboten.)

Nachdenklich paffte der Amtsrat aus der mitgenommenen kurzen Jagdseife, bevor er das Schweigen brach. „Bei den streng abgezielten Lebensgewohnheiten unseres gemeinschaftlichen Bekannten erscheint mir jegliche Hoffnung auf eine natürliche, harmlose Erklärung des Vorfalles ausgeschlossen. Entschieden hat sich etwas ereignet, was den Mann an der Rücksicht verhindert hat, ob ein Unglücksfall oder eine Untat, das kann ich nicht sagen, aber diese Befürchtungen seiner Frau wollen mir immer mehr einleuchten.“

„So bringen Sie das Entweichen jenes Sanders aus dem Irrenhause mit dem Vorfall von heute Abend in Verbindung?“

„Allerdings, wenn Sie eine runde Antwort haben wollen. Diese instinktive Anklage der Frau gibt mir zu denken. Bindewald hat den Entsprungenen wirklich zu fürchten; ganz abgesehen von der Tatsache, daß Sanders der erste Gatte der heutigen Gastwirtin „Zum goldenen Lamm“ ist, so —“

„Nanu, jetzt wird's schon interessanter,“ unterbrach ihn Dr. Finkler. „Da möchte ich doch um nähere Information bitten. Daß die Frau eine Vergangenheit haben muß, vermute ich seit langem; ihr starres, gedrücktes Verhalten fiel mir schon wiederholt auf, ich wollte darüber längst einmal mit Ihnen sprechen.“ Er berichtete, wie auffällig die Lammwirtin einige Stunden zuvor bei seiner gutgemeinten Anspielung benommen. „Sie muß unter einem seelischen Druck leiden, den das Ausbleiben etwa erhoffter ehelicher Nachkommenschaft allein nicht erklären kann.“

„Frau Bindewald hat eine Tochter.“ schaltete der Amtsrat ein. „Aber gerade deren Existenz hat sie zu der schmerzlichen Frau gemacht, als welche wir sie alle kennen — eine Tochter aus erster Ehe.“

„Also ein Kind dieses Sanders?“

„Ganz recht, eine von der eigenen Mutter verleugnete Tochter, die wiederum Gah auf die Urheberin ihrer Tage geworfen hat, ein ebenso abschreckendes wie unnatürliches Verhältnis.“

„Das erste Wort, das ich höre! Wer hätte in dem Leben dieser wortkargen, in sich gefehrten Frau ein derartiges Lebensdrama vermutet!“

„Sie sind noch zu kurze Zeit hier, um darüber etwas gehört haben zu können, denn die wenigen noch vorhandenen Ueberlebenden aus jener Zeit bewahren schon mit Rücksicht auf die unverdient leidende Frau diskretes Schweigen. Als ich dagegen nach Neustadt kam — und das sind nun reichlich zwanzig Jahre her und ich war damals ein frischgeborener junger Amtsrichter — da waren die Vorgänge noch in frischer Erinnerung, lagen kaum um Jahresfrist zurück. Die alles ausgleichende Zeit hat, wie gesagt, auch hier ihre Schuldigkeit getan — damals hätten Sie übrigens Frau Bindewald kennen müssen, sie war von geradezu veräckernder Schönheit. Das noch innen gefehrte, verschlossene Wesen war ihr freilich schon damals eigen.“

„Habe ich Sie vorhin im „Goldenen Lamm“ richtig verstanden, so war der erste Ehemann ein überführter Mörder?“ fragte der Kreisarzt, als der andere schwieg.

„Sie hatte sich von ihm scheiden lassen und später ihren jetzigen Gatten geheiratet.“

„Ertraten,“ erwiderte Martini. Er sprach nicht gleich weiter, sondern verfolgte nachdenklich unter kurzen Rauchstößen aus der im Mundwinkel hängenden Pfeife den Trotz des leuchtend ausgehenden Pferdes, das die Schneeverwehte, steile Bergeshöhe nur mühsam zu erklimmen vermochte. Die grellen Streiflichter der Laternen funkelten gepfeilt in das Dickicht des zu beiden Begleitern sich hinschneidenden Tannenwaldes. Es hatte aufgehört zu schneien und bleicher Mondschein lag auf den weißglühenden Baumkronen.

„Ja, es ist eine eigene Geschichte,“ nahm der Amtsrat dann den Faden seiner Erzählung wieder auf.

„Ganz genau bin ich auch nicht unterrichtet; was ich Ihnen sagen kann, weiß ich eben auch nur vom Hörensagen. Jedenfalls sollen Sanders und Bindewald vrsprünglich gute Freunde gewesen sein, bis sie in Liebe zu demselben Weibe entbrannten und darum sich entzweiten. Bindewald hatte den Gasthof zum Goldenen Lamm, kurz vorher von seinem Vater geerbt; der heutige lange Hügel in der Hauptstraße wo ich die ...enzimmer und der Tanzsaal befinden, bildete früher ein gesondertes Nachbargrundstück und gehörte Frau Bindewalds Vater, dem Altschneiderer Steuernagel, der darin durch lange Jahre eine Eisenwaren- und Waffenhandlung betrieb, dieses Geschäft aber nach der Verheiratung seiner einzigen Tochter seinem Udam Sanders übertragen hatte. Das junge Paar bewohnte das Gebühöge, während der verwidmete Alte im Oberstock wohnte. In diesem waren zugleich verschiedene öffentliche Kasinoräume untergebracht, deren Rendite und Kassier der Greis war. Eines Nachts nun wurde die junge Frau Sanders, die damals kaum von der Geburt ihrer kleinen ... sich zu erholen begann, durch schauerliches Schreien aus dem Schlafe geweckt. Sie fand neben sich des Gatten Lager leer; mutig war sie von selber, so stierte sie sich häßig an und eilte hurey nach der Wohnung ihres Vaters, von der das graufige Schreien und Stöhnen herkam ... und die Minute darauf erblickte die Arme ihren Mann, wie er noch auf der Leiche ihres eigenen Vaters kniete, den er erschlagen und beraubt hatte. Ein Blick auf den erbrochenen Kassenschrant erklärte alles. Schon seit geraumer Zeit hatte sich Sanders, der sich eine lockere Lebensführung angewöhnt hatte und dem Spiel huldigte, in Zahlungsschwierigkeiten befunden, denen abzuwehren der alte Steuernagel sich entschieden geweigert hatte. Da war in Sanders, der gelehrter Schlosser war, der verbrecherische Plan gereift, die dem Schwiegervater anvertrauten Kassen nächtlicherweise zu berauben.“

(Fortsetzung folgt.)

abgefällig wird, schüttet man an der Brust und an den Seitenflächen der Miete ab und zu Strohwiße oder Reisigbündel mit ein, die etwas hervorragen und durch ihre Luftzwischenräume eine Verbindung zwischen Deckstroh bzw. Reisiglage und der Außenluft herstellen.

Locales.

— Die Christbäume 1921. Dieser Tage schon wird die Fufuhr zum Großhandelsmarkt für Christbäume beginnen. Was wohl das Bäumchen kosten wird, bis es im weihnachtlichen Schmuck auf dem Familientisch steht? Hoffentlich nehmen sich die zuständigen amtlichen Stellen der Sache an, damit jede Familie in der Lage ist, zu einem angemessenen Preis sich einen Christbaum erwerben zu können. Freilich werden sich heuer erhöhte Bahnfrachten, Arbeitslöhne usw. stark in den Preisen der Weihnachtsbäume bemerkbar machen.

ep. Zwei besonders nötige Anstalten in Württemberg. Das sind die Häuser der Barmherzigkeit in Staigader und Wildberg, nachdem das Leben für die Einsamen und Alten, die nicht mehr verdienen können, draußen in der Welt fast unerträglich geworden ist. In diesen Häusern finden sie ohne Unterschied der Konfession eine Heimat, wenn nicht ihr körperlicher oder seelischer Zustand Einzelpflege fordert. Nach dem soeben erschienenen Rechenschaftsbericht wurde das Jahr 1920 mit 255 Pflegelingen in Staigader und 43 in Wildberg angetreten und mit 251 bzw. 44 geschlossen bei 81 Todesfällen und 24 Entlassungen. Infolge reicher Gaben kam Wildberg ohne Schulden durch, während die Schuld von Staigader von 140 000 Mk. auf 210 000 Mk. gestiegen ist trotz eines Beitrags von 35 000 Mk. aus der Rotgabe für Innere Mission und von 5000 Mk. aus der König-Wilhelm-Spende. Die Häuser der Barmherzigkeit bedürfen weiterer tatkräftiger Unterstützung, damit sie nicht genötigt sind, ihre Kostgelder bis zu einem Grad erhöhen, der ihren gemeinnützigen Zweck durchkreuzt.

Elsaß-lothringische Flüchtlinge. Mit dem 19. August 1921 ist endlich das Verdrängungsschädengesetz in Kraft getreten, auf das die Flüchtlinge des Ostens und Westens seit Jahr und Tag gewartet haben. Soweit das Gesetz die elsass-lothringischen Flüchtlinge betrifft, gewährt es mehr, als diese Flüchtlinge bisher auf Grund der „Richtlinien“ vom 9. Januar 1920 im Wege der Borentscheidung an Vorkursen und Beihilfen erlangen konnten. Gleichzeitig mit dem Verdrängungsschädengesetz ist auch die Entschädigungsordnung in Kraft getreten, die als Besonderheit ein sog. „Vorprüfungsverfahren“ durch die „Interessenverbände“ vorsieht. Mit der Organisation dieser Stellen hat man begonnen. Wollen die Flüchtlinge irgend einen Einfluß hierbei ausüben, so können sie dies selbstverständlich nur dadurch tun, daß sie dem an ihrem Wohnsitz befindlichen Verein beitreten. In Wildbad vertritt die Interessen der vertriebenen Elsaß-Lothringer die Ortsgruppe Wildbad-Geschäftszimmer: 44 Uhlandstraße Kaufmann Adolf Stern.

— **Der neue Eisenbahngütertarif.** Am 1. Dezember tritt zum württ. Vinnengütertarif der Nachtrag 4 (neue Folge) in Kraft, der hauptsächlich die durch die allgemeine Erhöhung der Tarifsätze, einschließlich der Mindest- und Sondernachträge, sowie der Nebengebühren, bedingten Änderungen enthält. Das besondere Wagenhandgeld von 100 Mk. und 200 Mk. für frische Äpfel und Birnen in den Stationen von Groß-Stuttgart wird auf diesen Zeitpunkt aufgehoben. Dagegen bleiben die allgemein geltenden erhöhten Wagenhandgeldsätze von 100, 150 und 250 Mk. auch nach dem 1. Dezember bis auf weiteres in Kraft.

Handel und Verkehr.

Preiserhöhung in der Zigarrenindustrie. Nachdem erst vor etwa 1 Monat die Zigarrenindustrie in Folge des außerordentlichen Marktsurges ihre Preise erhöhte, soll nunmehr eine abermalige Preiserhöhung, und zwar zu einem recht erheblichen Satz, mit sofortiger Wirkung in Kraft treten.

Gummipreiserhöhung. Die deutschen Hart- und Weichgummifabriken haben die bisherigen Ausschläge für medizinische, chirurgische, pharmazeutische und hygienische Zwecke von 33 auf 50 Prozent erhöht. Für nutzlose Gummifabrikate (Sauger usw.) betragen die Ausschläge an Stelle von bisher 50 Prozent jetzt 75 Prozent. Die Beschäftigung innerhalb der Gummivarverzeugung ist anhaltend gut.

Stuttgart, 24. Nov. Dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag auf dem hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 387 Ochsen, 31 Bullen, 280 Jungbullen, 206 Jungriinder, 466 Kühe, 563 Kälber, 800 Schweine. Es wurden bezahlt: Ochsen erste Qualität 700—830, zweite 550—700, Bullen erste 740—800, zweite 600 bis 700, Jungriinder erste 790—890, zweite 650—760, dritte 550—650, Kühe erste 580—690, zweite 410—520, dritte 300—400, Kälber erste 1000—1050, zweite 900—950, 800—850, Schweine erste 1700—1800, zweite 1500 bis 1650, dritte 1200—1400 Mk. je für 1 Ztr. Lebendgewicht. Verkauf des Marktes: Schweine und Kälber ruhig. Großvieh mäßig belebt, in geringen Qualitäten launham.

Landes-Produkten-Messe Stuttgart, 28. Nov. In der ersten Hälfte der Berichtswoche war in Uebereinstimmung mit einer leichten Besserung der Markt die Stimmung am Getreidemarkt eine ruhigere; in der zweiten Hälfte der Woche änderte sich das Bild wieder und schloß die Woche in fester Stimmung. Wir notieren per 100 Kg. ab württ. Stationen: Weizen, württ., je nach Vierzelt 770—800, Roggen (nominell) 600, Sommergerste, württ., je nach Qualität 740—780, Haber 560—590, Weizenmehl Nr. 0, Nov.-Lieferung 1200 bis 1225, Brotmehl, Nov.-Lieferung 950—975, Kleie 410 bis 490, Heu, württ. 200—220, Stroh, württ. (drahtgepreßt) 85—95 Mark.

Wohnhaus-Verkauf.

Die Stadtgemeinde Wildbad bringt am **Mittwoch, den 30. November 1921, vormittags 11 Uhr** im Rathausaal folgende Gebäulichkeiten zur öffentlichen Versteigerung:
Geb. B. 117 8 a 61 qm Wohnhaus- und Wirtschaftsgebäude mit Garten und Hofraum — der frühere badische Hof —
und
Geb. A. 182 und 183 2 a 20 qm Wohnhaus an der Hauptstraße — die frühere Villa Erika.
Die Wohnungen in beiden Häusern sind, solange Wohnungsnot besteht, in seitherigem Umfange aufrecht zu erhalten.
Wildbad, den 28. November 1921.
Stadtschultheißenamt: Bähner.

Bekanntmachung.

Wegen des Jahrmarks am 30. November ds. Js. ist die **König-Karlstraße** von der Wildmannsbrücke bis zum Bahnhof an diesem Tage für Fuhrwerke

gesperrt.

Stadtschultheißenamt: Bähner.

Biehzählung.

Am 1. Dezember 1921 findet eine Zählung der Pferde, Esel, Maultiere und Maulesel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Geflügel (Gänse, Enten, Hühner), zahme Kaninchen (Stallhasen) und Bienenstöcke statt.

Unter Hinweis auf die Strafbestimmung der Bundesratsverordnung vom 30. Januar 1917 wird jeder Einwohner aufgefordert, die in seinem Besitz befindlichen Tiere dem Zähler, der zu ihm ins Haus kommt, genau anzuzeigen und wenn bis zum Ablauf des Zähltages kein Zähler gekommen ist, die Tiere innerhalb 3 Tage nach dem Ablauf des Zähltages dem Ortsvorsteher anzuzeigen.
Wildbad, den 28. November 1921.
Stadtschultheißenamt.

Brennholz-Verkauf

am Montag, den 5. Dezember 1921, vormittags 9 Uhr auf dem Rathaus in Wildbad im öffentlichen Aufstreich aus Walddistrikt

IV an der Linie Abt. Lammwies und Steinweg, V Banne Abt. 2 Hinterer Wilderrain, VI Regental Abt. 1 Schöntannentisch, 3 Durchlaß, 7 Schöntann, 8 Hirschweg, 10 Vorderer Ebene, 11 Hintere Ebene Laubholz: 2 Nm. buch. Prügel.

Radelholz: 127 Nm. Prügel, 169 Nm. Anbruch und 99 Nm. Reisprügel.
Losverzeichnisse sind von der unterzeichneten Stelle zu beziehen.
Wildbad, den 29. November 1921.
Stadtspflege.

Bekanntmachung.

1. Diejenigen Zimmervermieter, welche ihre Beherbergungssteuererklärung noch nicht abgegeben haben, werden hiemit aufgefordert, dieselbe bis spätestens 5. Dezember beim Ortssteueramt Wildbad abzugeben.

2. Die Einkommensteuer für 1921 (vorläufiger Steueranfang) ist zu $\frac{3}{4}$ zur Zahlung verfallen.

Zur Vermeidung zwangsweiser Beitreibung werden die Säumigen an alsbaldige Zahlung erinnert.
Reutenbürg, den 28. November 1921.
Finanzamt: Mangold.

Geflügel- u. Kaninchen-Züchterverein Wildbad

An unsere verehrl. Mitglieder bezw. Aussteller! Im Laufe dieser Woche ergehen an unsere Mitglieder die Anmeldeformulare zur Gau-Ausstellung. Es wird gebeten, die Anmeldungen so reichlich wie möglich ergehen zu lassen. Die Anmeldebogen sind bis spätestens 4. Dezember bei Vorstand W. Kull oder Kassier G. Jesser abzugeben. Nachmeldungen können unter keinen Umständen berücksichtigt werden.

Das Standgeld beträgt pro Nummer Mk. 3.—, für Sammelstamm (1,2) Mk. 5.—, für Hähne mit Junge ebenfalls Mk. 5.—. Das Standgeld ist unbedingt mit der Anmeldung abzugeben.

An die Vereinslosverkäufer!

Die nicht verkauften Lose müssen bis spätestens Freitag, den 9. Dezember bei Vorstand Kull abgeliefert sein, andernfalls die Lose als verkauft gelten. Eine spätere Ablieferung wird also zwecklos sein.

Die Vereinsleitung.

W. B. P.

Ortsgruppe Wildbad.

Die Mitglieder werden dringend eingeladen, den am **Mittwoch, den 30. ds. Mts.** im „Kühlen Brunnen“ stattfindenden

Vortrag des Hrn. Dr. Haller-Ludwigsburg über

„Bismarcks Gedanken und Erinnerungen, 3. Band“, der an Stelle des angekündigten Vortrags des Frhr. von Schilling gehalten wird, zu besuchen.
Schweizer.

„Gritzner“
Nähmaschinen
bestes deutsches Fabrikat zum Sticken und Stopfen empfiehlt billigst
Carl Tubach jr., Enztalstr.

Das Zahnpulver „Nr. 23“

(gesehlich geschätzt). Die neue verbesserte Zahnpflege auf wissenschaftlicher Grundlage nach Zahnarzt Dr. P. Bahr. Erhält die Zähne gesund und blendend weiß. Stadtbibliothek S. Stenhan.

Trotz der großen Teuerung

bin ich noch in der Lage
**Ueberzieher, Anzüge
Hosen-Joppen-Westen**
wenig getragen, aus nur la. Stoffen zu bekannt bill. Preisen abzugeben.

Verkaufslager in Pforzheim Tal 2,
Keln Laden. 1. Stock.

Hausbesitzer-Verein Wildbad e. V.

Unser Geschäftszimmer befindet sich **König-Karlstr. 187 B Haus Grunow.**
Beratung der Mitglieder in Miet-, Steuer-, Hypotheken- und sonstigen Angelegenheiten.
Der Vorstand.

Schuhwaren.

Sie kaufen trotz der täglich steigenden Lederpreise **alle Sorten an Winter-Schuhwaren,** Hauschuhe, Schnallenstiefel, mit und ohne Besatz, in Kamelhaaren, Filz, Luch und Leder in allen Größen von Nr. 18—46 zu äußerst billigen Preisen.

Große Auswahl in **la. Sonntags-Halbschuhen u. Stiefeln,** sowie Werttagswaren in nur bester Ausführung.

Reparaturen gut und billig.

Hermann Lutz.

Alldeutscher Verband

Ortsgruppe Oberenzthal.

Der Vortrag des **Frhr. v. Schilling** über „Deutsche Außenpolitik im Jahre 1921“ findet

nicht statt.

Dagegen wird Herr **Schulrat Dr. Haller** aus Ludwigsburg über

Bismarcks Gedanken und Erinnerungen Band III

am **Mittwoch, 30. November** abends 8 Uhr im Gasth. „Kühlen Brunnen“ in Wildbad sprechen.

Möbliertes heizbares Zimmer

ab 1. Dezbr. zu mieten gesucht.

Offerten an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Blaue Arbeitsanzüge
Drillanzüge
Kräftige Arbeitshosen
Feldgraue Hosen
Manchester-Hosen
Warme Lodenjoppen offeriert

Weintraubs An- und Verkaufsgeschäft

Karlsruhe, Kronenstr. 52.

Mandolinen-Club Wildbad.

Morgen Mittwoch abend (8 Uhr) im Lokal.

Um vollzähliges Erscheinen der Mitglieder wird gebeten. Auch diejenigen Gitarre- u. Mandolinspieler, welche dem Club noch fernstehen, bitten wir um ihr Erscheinen.

Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Angekauft wird fortwährend:

Lumpen, Zeitungen, Blei, Messing, Kupfer, Zink, Zinn usw.,

zu den höchsten Preisen.

Georg Dürr,

Wildbad, Calenbergstr.

Kommt auch in den nächsten Tagen nach Sprollenhans.

Außt. geb.

Frau,

tüchtig im Hauswesen, möchte besserem Herrn den Haushalt führen. Da schöne Einrichtung und etwas Geld vorhanden ist, wäre evtl. spä. Heirat nicht ausgeschlossen.

Gest. Ang. unter 27 C. u. an ds. Blattes erbeten.

Hunde werden blitzblank mit Dr. Bulleb's mediz. Hundeseife. Bester Schutz vor Räude. Zu haben bei Gebrüder Schmitz, Medizinal-Drogerie.

